

Postulat Fraktion SVP (Roland Jakob, SVP): Skandal bei der Vergabe von günstigem Wohnraum! Versagen in der Stadtverwaltung? Wer ist verantwortlich und wie geht es weiter?

Aus den Medien und danach auch durch den Gemeinderat durften wir erfahren, dass es in der Verwaltung bei den subventionierten Wohnungen zu massivem Missbrauch in den letzten Jahren gekommen ist. Der Schaden für die Stadt Bern geht in die Millionen von Franken!

Eine Indiskretion in der Stadtverwaltung, durch die Herausgabe eines internen Berichtes, löst in der Direktion FPI einen Skandal aus. Der Gemeinderat lädt daraufhin zum Point de Presse ein und schreibt in seiner Einladung, ich zitiere:

„Die Zeitung ‚Schweiz am Sonntag‘ zitiert heute aus einem internen Bericht zur Zuteilung von vergünstigten Wohnungen an einkommensschwache Personen in der Stadt Bern. Dieser hätte erst in rund einer Woche veröffentlicht werden sollen. Da die Ergebnisse des Berichts allerdings auf grosses Interesse stossen, haben wir uns entschieden, den geplanten Medienanlass vorzuziehen.“ Der Gemeinderat schreibt lapidar: „da der Bericht auf grosses Interesse stosse?“ Vieles muss in der Stadtverwaltung im Argen liegen, wenn der Gemeinderat dermassen zu beschwichtigen versucht.

Im Namen der Fraktion SVP möchte ich den Gemeinderat bitten, in einem Bericht aufzuzeigen:

1. wie die Verantwortlichkeiten bei der Stadtverwaltung betreffend Betreuung und Vergabe von vergünstigten Wohnungen geregelt wird und welche eventuell auch personellen Konsequenzen aus dem Skandal gezogen werden?
2. wie er die Indiskretion in der Stadtverwaltung durch das zuspätspielen des Berichts an die Medien aufdecken und ahnden will, und was er für Massnahmen treffen will, um dies in Zukunft zu verhindern?
3. wie er die internen Abläufe bei der Vergabe von verbilligtem Wohnraum optimieren will und ob er einen Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung anstrebt? Wenn nicht, weshalb nicht?
4. wie er auf die Interessen, von Personen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen sind, künftig eingehen will?
5. wie er die zweckentfremdeten Millionenausfälle für die Stadtkasse zurückholen will?
6. Welche Konsequenzen der Skandal für das betroffene städtische Personal nach sich zieht?
7. welche Vor- und Nachteile ein Systemwechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung hätte?

Begründung der Dringlichkeit

Es besteht unmittelbarer Handlungsbedarf, um den finanziellen Schaden einzudämmen und die Abläufe neu zu koordinieren!

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 27. Februar 2014

Erstunterzeichnende: Roland Jakob

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Karin Hess-Meyer, Kurt Rüeeggger, Ueli Jaisli, Manfred Blaser, Hans Ulrich Gränicher, Simon Glauser